



Innerbetriebliche Streiks und „Betriebsterror“ Zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik von KPÖ und GE/GLB in den frühen 1970er Jahren

MANFRED MUGRAUER

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war durch eine Linksentwicklung in der ArbeiterInnenschaft und unter KünstlerInnen und Intellektuellen gekennzeichnet. Die KPÖ konnte neue Mitglieder – vor allem junge Menschen – gewinnen und bei Gemeinderats- und Landtagswahlen Erfolge erzielen. Der damalige Aufschwung der KPÖ machte sich nicht nur bei allgemeinen Wahlen bemerkbar, sondern auch bei Betriebsratswahlen und Arbeiterkammerwahlen. Die mit der KPÖ verbundene *Gewerkschaftliche Einheit* (bzw. später der *Gewerkschaftliche Linksblock*) verzeichnete in den Jahren 1971 bis 1974 teilweise erdrutschartige Stimmengewinne bei Betriebsratswahlen, vor allem in der verstaatlichten Industrie, wo es eine Welle von Arbeitskämpfen gab.

Erfolge bei Betriebsratswahlen

Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1971 erzielte die KPÖ einen Stimmengewinn von 38 Prozent, freilich von einem niederen Niveau ausgehend, nachdem es im März 1970 – der ersten Wahl nach den „Krisenjahren“ 1968/69 – einen schweren Rückschlag für die Partei gegeben hatte. 1971 stieg der Stimmenanteil von 44.750 auf 61.762 Stimmen (1,36 Prozent). Erstmals seit 15 Jahren gab es damit eine Trendumkehr, was innerhalb der KPÖ als ermutigender Erfolg empfunden wurde. Stimmengewinne gab es 1973 auch bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten. Von großem Gewicht waren der Gewinn tausender Stimmen und zahlreicher Mandate bei den Betriebsratswahlen sowie bei den Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst, bei den Eisenbahnern und den Postbediensteten. Wie an den in der umseitigen Tabelle angeführten Stimmen- und Mandatszahlen abzulesen ist, konnte die *Gewerkschaftliche Einheit* (GE) bis 1974 mehrere Wahlsiege erringen, die überregionale Aufmerksamkeit erfuhren.

Hervorstechend ist das Betriebsratswahlergebnis etwa in der Österreichischen Automobilfabrik (vormals Austro Fiat) in Wien-Floridsdorf, wo der Kommunist Ernst Schmidt bereits seit den 1950er Jahren durchgängig Betriebsratsobmann war und sich 1971 noch einmal von sechs auf zehn Mandate steigern konnte. Die SPÖ fiel von fünf Mandaten auf drei zurück.¹ Mehrheiten wurden in diesem Jahr ferner u.a. in den Carometallwerken Enzesfeld (Betriebsratsobmann Franz Rauch), in der St. Pöltner Glanzstofffabrik (Heinrich Kleinbauer), bei Brown-Boveri Wiener Neudorf (Adolf Ruzicka, ab 1973 Robert Lehner) und in der Brunner Glasfabrik (Friedrich Janik) errungen.²

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis bei Elin-Union in Weiz in der Steiermark, wo 1972 eine Steigerung von 191 auf 729 Stimmen und damit von zwei auf sieben Mandate gelang. Die SP-Fraktion wurde von 13 auf acht Mandate reduziert. Bei Böhler-Kapfenberg steigerte sich die GE im selben Monat von 142 auf 947 Stimmen und von null auf vier Mandate. Bei der Alpine Donawitz wanderten zwei Mandate von der sozialdemokratischen Fraktion zur GE, die 1.697 Stimmen (bisher 1.443) und acht Mandate erhielt – gegenüber 2.396 Stimmen (zwölf Mandate) für die SPÖ.³ Im Radentheiner Magnesitwerk in Kärnten wurde Rupert Kössler zum Betriebsratsobmann gewählt, nachdem sich die GE von 244 auf 429 Stimmen (fünf statt bisher zwei Mandate) gesteigert und die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren hatte.⁴

Gesamtstatistiken über die damals im Zweijahresintervall stattfindenden Betriebsratswahlen sind insofern schwierig zu erstellen, als in den verschiedenen Betrieben nie zum selben Zeitpunkt gewählt wurde. Es ist also immer nur ein Vergleich einer abgrenzbaren Anzahl von Betrieben zur dortigen Wahl zwei Jahre zuvor möglich. Bei der Betriebs-

ratswahlrunde der Jahre 1971/72 bilanzierte die KPÖ einen Anstieg von 17.627 auf 25.759 Stimmen in 178 Betrieben. Dies bedeutete eine Steigerung von 271 auf 406 Mandate.⁵ Bei der Runde 1972/73 erhielt die GE 41.557 Stimmen in 232 Betrieben und 77 Dienststellen, wobei 718 Mandate – 568 Betriebsräte und 150 Personalvertreter – errungen werden konnten.⁶ Vergleicht man diese Zahlen mit den in der Betriebsratswahlrunde 1968/69 erhaltenen 20.625 Stimmen in 170 Betrieben und den damals gewonnenen 342 Mandaten,⁷ so wird der Aufschwung der GE deutlich. Zu berücksichtigen ist dabei, dass etwa ein Drittel der GE-KandidatInnen Parteilose und linke SozialistInnen waren, also nicht alle Mandate für die KPÖ zu reklamieren sind.⁸

1974 musste sich die GE aufgrund von Namensstreitigkeiten im Gefolge der „Parteikrise“ der KPÖ in den Jahren nach 1968 in *Gewerkschaftlicher Linksblock* (GLB) umbenennen. Bei den Eisenbahnerwahlen im Dezember 1973 hatte die mit der KPÖ verbundene Gewerkschaftsfraktion erstmals unter der Bezeichnung *Linksblock* kandidiert. Dieser konnte sich von 4.785 auf knapp 5.236 Stimmen (also um zehn Prozent) steigern und von zwei auf drei Mandate in den Personalaussschüssen der Direktionen Linz, Innsbruck und Villach. Die Anzahl der Vertrauensmänner stieg von 59 auf 79 (von denen 47 der KPÖ als Mitglied angehören).⁹ Bei den Wiener Gemeindebediensteten gab es 1974 fast eine Verdoppelung der Stimmen (von 986 auf 1.924 Stimmen bzw. von sechs auf 18 Mandate).¹⁰ Bei den Postbediensteten betrug der Zuwachs 31 Prozent (von 881 auf 1.158 Stimmen, zehn Mandate in sechs Dienststellen).¹¹ Bei den Arbeiterkammerwahlen im September 1974 erreichte der GLB 29.281 Stimmen und damit um ca. 3.000 mehr als die GE im Jahr 1969. Der prozentuelle Anteil

	1968/69		1971/72		1974/75		1977/78	
	GE	SPÖ	GE	SPÖ	GLB	SPÖ	GLB	SPÖ
Wien								
ÖAF (Austro Fiat)	367/6	276/5	596/10	205/3	536/9	165/2	531/8	194/3
Bau-Montage ÖMV	221/5	83/1	241/4	112/2	259/5	89/2	203/4	93/2
Hübner-Vamag	n.k	300/8	158/4	156/4	202/5	88/2	205/5	82/2
Elin-Union	292/5	523/9	289/4	803/10	195/2	875/12	168/2	911/12
Niederösterreich								
Brown-Boveri Vösendorf	197/4	136/3	266/6	108/2	212/6	104/2	249/6	78/2
VAWD St. Aegydt	43/0	438/8	101/1	356/7	97/1	353/7	71/1	344/7
Alpine Traisen	262/4	529/8	343/5	489/7	275/4	664/9	273/4	650/9
Schoeller-Bleckmann Ternitz	183/1	2.788/17	263/1	2.702/17	121/0	3.021/19	168/1	2.862/18
Böhler Ybbstal (VEW)	242/4	1.012/20	294/4	903/19	188/2	835/11	239/3	699/9
VA Hütte Krems	116/1	713/11	166/2	791/12	68/1	955/13	187/2	903/12
Caro Enzesfeld	298/6	128/2	308/6	108/2	199/4	125/3	204/5	115/2
Glanzstoff St. Pölten	503/8	368/5	537/7	420/6	548/8	332/5	278/4	417/7
Voith St. Pölten	257/3	836/11	424/5	789/9	346/4	790/10	205/2	901/12
ÖMV Matzen	211/3	593/8	189/2	542/8	140/2	557/8	164/2	633/8
Brunner Glasfabrik	444/8	53/1	395/8	27/0	478/9	40/0	243/6	n.k.
Semperit Traiskirchen	343/2	2.496/16	449/2	3.028/18	148/0	3.675/21	164/0	3.464/21
Semperit Wimpassing	296/1	2.599/16	399/2	2.066/14	173/1	1.993/15	181/1	1.632/14
Bunzl & Biach Ortman	125/2	682/11	131/2	680/12	126/2	773/12	182/3	526/8
Steiermark								
Alpine Donawitz	1.443/6	3.075/14	1.697/8	2.396/12	987/5	3.584/18	1.070/5	3.166/17
Alpine Zeltweg	141/1	1.148/14	425/5	905/10	287/3	1.171/13	336/3	1.216/13
Alpine Kindberg	185/2	847/12	345/4	k.A.	88/1	k.A.	n.k.	931/14
Alpine Eisenerz	239/1	1.792/14	449/3	1.319/11	120/1	1.411/13	72/0	1.343/14
Alpine Fohnsdorf	190/2	1.138/12	358/4	773/10	150/2	830/12	59/1	228/6
Puch Graz	803/5	k.A.	1.160/6	k.A.	726/4	2.769/16	564/3	2.318/16
Böhler Kapfenberg (VEW)	142/0	5.850/25	947/4	4.647/20	184/0	5.070/25	110/0	5.262/25
Felten & Guillaume	205	1.033/12	307/3	988/11	91/1	1.149/13	168/2	899/12
Schoeller-Bl. Mürzzuschlag	200/1	1.544/13	260/2	1.296/12	58/0	1.592/15	225/2	1.131/12
Austro Email Knittelfeld	62/1	332/7	101/2	308/6	126/2	373/7	79/1	297/7
Elin-Union Weiz	191/2	1.371/13	729/7	792/8	n.k.	k.A.	n.k.	1.546/16
Vogel & Noot Wartberg	172/3	538/10	193/3	458/9	105/2	495/9	93/1	480/9
weitere Bundesländer								
Steyr-Werke	277/1	5.510/23	391/1	6.395/25	259/1	6.759/29	232/1	6.166/28
VÖEST Linz	1.153/3	9.635/31	1.335/4	9.939/32	650/2	12.722/46	888/3	10.004/38
Solvay Ebensee	76/1	277/6	134/3	212/4	81/1	250/6	105/2	217/5
Wolfsegg-Traunthaler Kohle	72/1	601/10	105/1	447/8	61/1	528/8	134/2	403/7
Magnesit Radenthein	244/2	992/11	429/5	611/7	163/2	906/11	79/1	907/12
BBU Bleiberg	145/3	308/6	136/3	270/5	91/1	343/7	79/1	303/7
Jenbacher Motorenwerke	106/1	285/5	131/2	152/2	99/2	462/9	88/1	393/7

Ausgewählte Ergebnisse bei Betriebsratswahlen: GE/GLB und SP-Fraktion (FSG) im Vergleich (Stimmen/Mandatszahl)

ging jedoch leicht zurück, weshalb die Mandatszahl von elf auf zehn sank.¹²

Wichtige Rahmenbedingungen dieses Aufschwungs waren die SPÖ-Alleinregierung ab 1971 sowie Inflation und Teuerung als Hupterscheinungen der damaligen kapitalistischen Entwicklung. Angesichts der Rekordhöhen erreichenden Teuerung gewann der Lohnkampf in den frühen 1970er Jahren massiv an Bedeutung. In den Jahren zuvor hatte es bei gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen beinahe einen Stillstand gegeben. Jetzt aber wurde den ArbeiterInnen und Angestellten klar, dass es ohne höhere Löhne nicht möglich sein werde, den Lebensstandard zu halten. Nur Lohnerhöhungen konnten dem Reallohn-

verlust infolge der Teuerung entgegenwirken. Umgekehrt waren Lohnabschlüsse unterhalb der Inflationsrate eine Form, die Lasten der Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

Der Aufschwung der Lohnbewegung in den frühen 1970er Jahren und die damit zusammenhängenden Erfolge der KPÖ bzw. von GE und GLB bei Betriebsratswahlen resultierten auch aus der Enttäuschung über die Kreisky-Regierung, die ihre sozialpolitischen Versprechen weitgehend schuldig geblieben war. Selbst in den Reihen der SPÖ gab es eine gewisse Ernüchterung darüber, dass trotz der absoluten Mehrheit der Partei tiefgreifende Veränderungen ausgeblieben waren. Ungeachtet ih-

rer absoluten Mehrheit hielt die SPÖ an den sozialpartnerschaftlichen Spielregeln fest und setzte die unsoziale Steuerpolitik der ÖVP-Alleinregierung fort. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären wurde die Illusion verbreitet, der Kapitalismus habe sich grundlegend gewandelt bzw. es könne gar nicht mehr vom Kapitalismus gesprochen werden. In dieser Sicht gehörten Ausbeutung und Wirtschaftskrisen der Vergangenheit an; die Sozialpartnerschaft wurde als Garantie für eine Dauerkonjunktur ausgegeben.

Aktive Lohnpolitik

Die KPÖ forderte angesichts der massiven Teuerung eine aktive Lohnpolitik,



Im April 1972 übergab eine Delegation von KPÖ, GE und befreundeter Organisationen mehr als 85.000 Unterschriften an Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch, die sie für eine sozial gerechte Lohnsteuerreform gesammelt hatten.

also Lohnerhöhungen auf Kosten der Unternehmerprofite, und konnte damit in der ArbeiterInnenschaft ein gewisses Terrain zurückgewinnen. KPÖ und GLB stellten in ihrer Lohnpolitik vier Grundsätze auf:¹³

1.) Möglichst kurze Laufzeiten der Kollektivverträge, denn je länger die Laufzeit in Zeiten der Inflation war, desto größer war der Kaufkraftverlust.

2.) Volle Abgeltung der Teuerung als Überbrückung für die bisherigen Preissteigerungen. Dieser Grundsatz war verbunden mit der Forderung nach einem Preisstopp für alle lebenswichtigen Waren und für die Mieten.

3.) Volle Abgeltung der gestiegenen Produktivität. In jenen Jahren herrschte Hochkonjunktur, was zu gewaltigen Gewinnen der Unternehmen führte. Die Reallöhne waren aber gegenüber den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben.

4.) Die Löhne sollten auf Kosten der Profite steigen. Lohnerhöhungen sollten sich also nicht auf die Abgeltung der Teuerung und auf die Produktivitätssteigerung beschränken, sondern sie sollten auch zu einer Vergrößerung des Anteils der ArbeiterInnen und Angestellten am wachsenden Sozialprodukt auf Kosten der Profite führen. Es ging also um eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Menschen, um eine Steigerung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen.

Eine wichtige Initiative der KPÖ im Kampf gegen die Teuerung war das Eintreten für eine Lohnsteuerreform. Im Frühjahr 1972 wurden zu diesem Zweck in Betrieben und Büros mehr als 85.000 Unterschriften gesammelt, die Ende April dieses Jahres dem Bundeskanzler und Finanzminister übergeben wurden.¹⁴ Im Februar 1974 wurden in etwa 30 Großbetrieben auf Initiative von KPÖ und GLB Betriebsratsbeschlüsse gefasst,

die sich gegen die Lohnsteuerpolitik von Regierung und Sozialpartnern richteten und für eine soziale Steuerreform eintraten. Solche Beschlüsse gab es nicht nur in Mehrheitsbetrieben – also in solchen Betrieben, wo die GE bzw. der GLB die Mehrheit stellte, etwa bei Austro Fiat, in der Brunner Glasfabrik oder bei Enzesfeld Caro –, sondern auch in Großbetrieben mit sozialdemokratischer Betriebsratsmehrheit, etwa in der Alpine Donawitz, bei Böhler-Kapfenberg, Voith in St. Pölten, Steyr-Daimler-Puch, in der VÖEST Linz und den Jenbacher Motorenwerken in Tirol.¹⁵

Der von der KPÖ geforderten aktiven Lohnpolitik stand die sozialpartnerschaftlich orientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften gegenüber, also die Tatsache, dass der ÖGB nicht auf eine aktive, sondern auf eine „umsichtige“ Lohnpolitik setzte. Demgemäß kritisierten KPÖ und GE/GLB das Zurückweichen des ÖGB vor den Unternehmern. Wie schon in den Jahren davor (und auch danach) wurde der ÖGB seiner Rolle als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen im Kampf gegen die Teuerung und für höhere Löhne und Gehälter kaum gerecht, sondern war vielmehr ein Organ der Sozialpartnerschaftspolitik. Der ÖGB fungierte als Ordnungsmacht, um die ArbeiterInnenschaft vor Aktionen zurückzuhalten.

1972 errechneten KPÖ und GE, dass eine 18- bis 20-prozentige Ist-Lohnenerhöhung notwendig war, um eine Realloohnerhöhung zu erreichen. Tatsächlich betrug die Lohnerhöhungen aber durchschnittlich nur etwa zehn Prozent, was angesichts der Teuerung keine Reallohngeinne zur Folge hatte.¹⁶ Das ist der Hauptgrund dafür, warum die KPÖ auf innerbetriebliche Lohnkämpfe setzte. Das Ziel bestand darin, dass sich die ArbeiterInnen in den Betrieben das zurück-

holen, was ihnen bei den Kollektivvertragsverhandlungen vorenthalten wurde.

Anfang der frühen 1970er Jahre gab es eine Vielzahl an Protestaktionen und Lohnbewegungen in den Betrieben. Bereits im Sommer 1970 wurden eine ganze Reihe von Kampfmaßnahmen gesetzt, die zur Durchsetzung innerbetriebliche Lohnforderungen führten, etwa bei der Alpine Donawitz, bei Böhler-Ybbstal, bei Elin-Union in Weiz und Wien, im Aluminiumwerk Ranshofen, im Feinstahlwerk Traisen, bei Puch Graz usw.¹⁷ Im Oktober 1972 streikten die Straßenbahner der Wiener Hauptwerkstätte vier-einhalb Stunden lang für eine Teuerungsabgeltung, die nächsten waren die Erzbergerarbeiter, die Reisebüroangestellten und die Eisenbahner in Linz. In den Wintermonaten 1972/73 gab es Arbeitsniederlegungen in den Gusstahlwerken in Judenburg, in der ÖBB-Hauptwerkstätte in Linz, in der Stadlauer Lederfabrik und bei Puch in Graz.¹⁸

Von April bis Juli 1973 folgte eine Steigerung dieser Bewegungen für eine Teuerungsabgeltung und eine Lohnerhöhung. Einzelne Metallbetriebe forderten beispielsweise – wie auch die GE – eine 20-prozentige Lohnerhöhung.¹⁹ Ein Beispiel für eine erfolgreiche Lohnbewegung aus diesem Jahr ist die Glanzstofffabrik in St. Pölten, wo es der kommunistischen Betriebsratsmehrheit gelang, im Rahmen eines innerbetrieblichen Lohnabschlusses eine monatliche Abgeltung der Teuerung und eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchzusetzen.²⁰

Streik bei Böhler-Ybbstal 1973

Die größte Rolle in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der KPÖ spielten der Böhler-Streik im Jahr 1973 und der Hukla-Streik im Jahr 1974. In beiden Fällen handelte es sich um innerbetriebliche Streikbewegungen, bei denen eine



Das Streikkomitee aller drei Betriebe der Böhler-Ybbstalwerke im Juni 1973.

Erhöhung des Stundenlohns gefordert wurde. Sowohl bei Böhler als auch in der Firma Hukla ging es nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Belegschaft und Betriebsleitung, sondern es spielte auch der sozialpartnerschaftliche Mechanismus eine entscheidende Rolle, machten doch letztlich die sozialdemokratische Betriebsratsmehrheit bzw. die Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern gemeinsame Sache gegen die aufbegehrende Belegschaft. Aus der Sicht der KPÖ handelte es sich demgemäß nicht nur um Streiks für betriebliche Forderungen, sondern auch um Streiks gegen die Sozialpartnerschaft.

Der zweieinhalbwöchige Streik bei Böhler-Ybbstal fand im Juli 1973 statt,²¹ am Höhepunkt der damaligen Bewegung gegen die Teuerung und für höhere Löhne. Bereits 1970 war bei Böhler-Ybbstal gestreikt worden.²² Die Gründe für den damaligen Streik waren dieselben, die auch 1973 ausschlaggebend waren: Die Löhne bei den drei Böhler-Werken im Ybbstal waren gegenüber dem Böhler-Hauptwerk in Kapfenberg zurückgeblieben und auch um etwa 3 Schilling pro Stunde niedriger als in vergleichbaren Metallbetrieben in der Umgebung (wie etwa der Alpine St. Aegy). Vor diesem Hintergrund forderte die Belegschaft eine betriebliche Lohnerhöhung in der Höhe von 2,50 Schilling zwecks Angleichung an das Branchenniveau.

Unmittelbarer Auslöser des Streiks war jedoch nicht die Weigerung der Direktion, eine solche Lohnangleichung zuzugestehen. Ausschlaggebend waren vielmehr die antidemokratischen Methoden und die fehlende Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit. Die SPÖ-Betriebsratsobmänn-

ner der drei Böhler-Werke im Ybbstal verhandelten drei Monate lang geheim, also hinter verschlossenen Türen, mit der Direktion über die Lohnforderung von 2,50 Schilling. Bereits im Juni 1970 hatte der wenig zufriedenstellende Lohnabschluss, den die SPÖ-Betriebsratsobmänner geheim mit der Direktion ausverhandelt hatten, bei der Belegschaft für Empörung und eine spontane Arbeitsniederlegung gesorgt. Als die Betriebsratsobmänner jeden Bericht über das Ergebnis der seit März 1973 laufenden Verhandlungen verweigerten, legten die Arbeiter in einem der drei Werke spontan die Arbeit nieder.

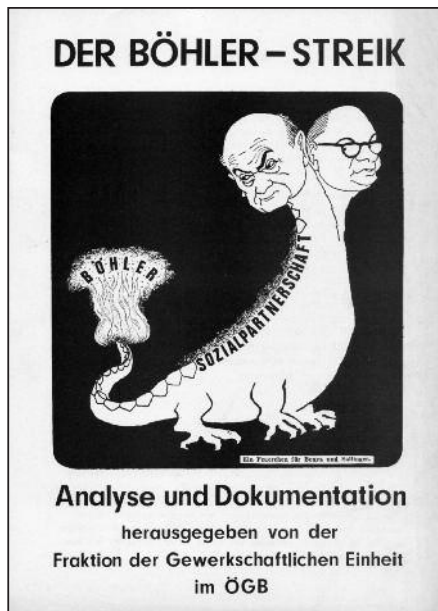
Erst in Reaktion auf diese Protestaktion gaben die Betriebsratsobmänner in einer Berichtsversammlung bekannt, dass sie statt der geforderten 2,50 nur 1,24 bis 1,70 Schilling ausverhandelt hatten. Daraufhin stimmten am 26. Juni (Böhlerwerk, Gerstlwerk) bzw. am 28. Juni (Bruckbach) die 1.300 Arbeiter der drei Werke von Böhler-Ybbstal in Urabstimmungen für die unbefristete Fortsetzung des Streiks. Adressat der Lohnforderungen war damit in erster Linie gar nicht die Unternehmensleitung, sondern die Betriebsrat und damit die eigene Interessenvertretung. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit den SPÖ-Betriebsratsobmännern wurde ein Streikkomitee gewählt mit Franz Pabst (Gerstlwerk) an der Spitze, das mit der Weiterführung der Lohnverhandlungen beauftragt wurde.

Als am 2. Juli in Wien solche Verhandlungen zwischen Vertretern des Streikkomitees, den Betriebsratsobmännern und der Böhler-Generaldirektion stattfanden, zeigte sich die Firmenleitung des verstaatlichten Böhler-Konzerns

nicht weniger arbeiterfeindlich als ein Unternehmer eines Privatbetriebs. Obwohl damals in der Edelstahlbranche Hochkonjunktur herrschte – der Konzernumsatz von Böhler steigerte sich um acht Prozent auf 5,4 Milliarden Schilling²³ –, wurden die Lohnforderungen hartnäckig abgelehnt. Am 6. Juli beschlossen die Arbeiter in einer Betriebsversammlung die Weiterführung des Streiks. In einem der drei Werke (Bruckbach) wurde der Streik beendet und die Arbeit am 7. Juli wieder aufgenommen.

Eine wichtige Rolle beim Böhler-Streik spielte die damalige Betriebszeitung der KPÖ (*Der Böhlerianer*), mit der die KPÖ bzw. die GE organisierend in den Streik eingreifen konnte. Insgesamt gab es diesen Jahren etwas mehr als 100 Betriebszeitungen von KPÖ und GE/GLB,²⁴ die sowohl zu allgemeinpolitischen, vor allem aber zu innerbetrieblichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen Stellung nahmen. Die KPÖ organisierte Solidaritätsbekundungen aus etwa hundert Betrieben und sammelte Spenden zur Unterstützung der Streikenden. In der Tatsache, dass in 50 Betrieben knapp 65.000 Schilling gesammelt werden konnten,²⁵ kommt zum Ausdruck, dass die politische Bedeutung dieses Streiks weit über den innerbetrieblichen Rahmen hinausragte.

Die Gewerkschaft und ihr Zentralsekretär Sepp Wille lehnten die Anerkennung des Streiks von Beginn ab,²⁶ es handelte sich also um einen „wilden“ Streik. Damit waren die Lohnausfälle für die Arbeiter nach mehr als zwei Wochen beträchtlich. Die SPÖ-Betriebsratsobmänner veröffentlichten ein Flugblatt mit der Forderung, den Streik abzubrechen. Hierin wurde der Streik als eine „von Kommunisten eingefädelte politische Aktion“ verunglimpft und behauptet, dass das Streikkomitee „die Belegschaft verantwortungslos in einen aussichtslosen Arbeitskonflikt hineingehetzt“ habe.²⁷ Am 10. Juli, nach zwei Wochen Streik, drohte die Direktion den Arbeitern mit einer Abmeldung von der Sozialversicherung und kündigte damit die Aussperrung der Belegschaft an. In dieser Situation beschloss das Streikkomitee, die Arbeit am 12. Juli wieder aufzunehmen, denn es war offensichtlich, dass sich die Belegschaft gegen die ablehnende Haltung von Betriebsrat, Gewerkschaft und Firmenleitung nicht durchsetzen werde können. Die Arbeiter des Gerstlwerks und Böhlerwerks folgten am 11. Juli in einer Urabstimmung dieser Empfehlung. Der Streik endete



Dokumentation der GE über die Streikbewegung bei Böhler-Ybbstal (1973)

damit mit keinem Erfolg, sondern musste abgebrochen werden, ohne die Forderung nach 2,50 Schilling Lohnerhöhung durchgesetzt zu haben. In einem Flugblatt der GE wurde analysiert: „Der Umfaller der SP-Betriebsräte, die Verweigerung der Solidarität der Gewerkschaftsfunktionäre und der Druck der Werksleitung hat [...] dazu geführt, dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde.“²⁸ Der Obmann des Streikkomitees Franz Pabst trat am 8. August 1973, wenige Wochen nach Streikende, aus der SPÖ aus und zur GE und KPÖ über.²⁹

Hukla-Streik 1974

Obwohl das Hukla-Werk in Wien ein wesentlich kleinerer Betrieb war als Böhler-Ybbstal, erlangte auch der dortige Streik im Jahr 1974 eine überregionale und politische Bedeutung. Der Hukla-Streik dauerte vier Wochen und zählt damit zu den längsten Ausständen in der Zweiten Republik.³⁰ Er ist ein weiteres Beispiel für die Brutalität des Unternehmers und für die sozialpartnerschaftliche Rolle des ÖGB.

Hukla ist eine westdeutsche Polstermöbelfirma, die Anfang der 1970er Jahre in Oberlaa im 10. Wiener Gemeindebezirk eine Fabrik eröffnete. Hier arbeiteten 110 ArbeiterInnen, vier Fünftel davon Frauen und mehr als die Hälfte ausländische Arbeitskräfte. Hintergrund des Streiks war die Weigerung von Direktor Erwin Neumeister, einen Akkordvertrag abzuschließen und den bereits ausverhandelten Kollektivvertrag einzuhalten. Er bot statt der ausverhandelten 14,62 Prozent nur 11,2 Prozent Erhöhung. Als die Belegschaft darauf mit passiver Resi-

stenz reagierte, wurden sechs ArbeiterInnen entlassen. Diese Maßnahme war der unmittelbare Auslöser für den Streik. Die Belegschaft erklärte sich solidarisch und verlangte die Rücknahme der Entlassungen. Nach der Weigerung des Direktors wurde am 27. Mai 1974 einstimmig der Streik beschlossen. Damit ging es beim Hukla-Streik von Beginn an nicht nur um die Lohnforderung, sondern auch um die Rücknahme von Maßregelungen. Als Reaktion auf den Streikbeschluss entließ der Direktor am 10. Juni auch die vier Betriebsräte und weitere 26 ArbeiterInnen.

Der Direktor versuchte die Produktion mit jugoslawischen GastarbeiterInnen fortzuführen, die große Mehrheit von ihnen war aber nicht bereit, als StreikbrecherInnen zu arbeiten. Es wurden Streikposten aufgestellt und die Ein- und Ausfahrt von Lieferwägen blockiert. Der weitere Verlauf der Streikbewegung verdeutlicht die scharfmacherischen Methoden des Unternehmers: Als beim Einigungsamt um die Zustimmung zur fristlosen Entlassung der Betriebsräte ersucht werden musste, warf ihnen der Direktor nicht Streik vor, sondern Hausfriedensbruch, Nötigung, Erpressung, gefährliche Drohung und Einschränkung der persönlichen Freiheit. In Reaktion auf diese Anschuldigungen leitete der Vorsitzende des Einigungsamts den Akt an die Staatsanwaltschaft weiter. Eine Anklageerhebung wäre also darauf hinausgelaufen, Streik schlechthin als kriminelles Delikt anzusehen.

Im Unterschied zum Böhler-Streik unterstützte die Gewerkschaft zwar zunächst die Protestbewegung, allerdings um sie zu kontrollieren und in geordneten Bahnen zu halten. Im Verlauf des Streiks entzog die Gewerkschaft den ArbeiterInnen allerdings ihre Unterstützung, setzte die Streikenden und Betriebsräte unter Druck und würgte den Streik letztlich ab. Die Gewerkschaft der Bau-Holzarbeiter begann mit Direktor Neumeister, der Mitglied der SPÖ war, zu verhandeln und vereinbarte mit ihm, dass dieser seine Anzeige zurückziehen werde, sofern die Betriebsräte und die sechs entlassenen ArbeiterInnen freiwillig aus dem Betrieb ausscheiden. Die Entlassung sollte also in eine einvernehmliche Auflösung der Dienstverhältnisse umgewandelt werden.³¹ Diese erpresserische Einigung vom 20. Juni wurde den Betriebsräten zur Zustimmung vorgelegt. Sie wurden von der Gewerkschaft damit unter Druck gesetzt, dass ihnen sonst eine Schadenersatzklage in Millionenhöhe ins Haus stünde und ihnen im schlimmsten Falle

sogar fünf Jahre Kerker drohen würden. Tatsächlich war es aber so, dass es ohnehin im Verantwortungsbereich der Staatsanwaltschaft lag, Anklage zu erheben oder nicht, denn eine deponierte Strafanzeige ist – ungeachtet der Vereinbarung der Gewerkschaft mit dem Direktor – nicht widerrufbar. Letztlich hat die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhoben. Das Verfahren gegen die Betriebsräte wurde eingestellt.³² Für die Betriebsräte stellten jedoch die Strafandrohung und die Ankündigung der Gewerkschaft, sie müssten selbst die Kosten des Streiks bezahlen, eine massive Einschüchterung dar. Angesichts dieses Drucks stimmten die Betriebsräte der von der Gewerkschaft bereits fertig unterschriebenen Vereinbarung zu.

Der Hukla-Streik endete damit mit einer völligen Niederlage. Auch die gekündigten ArbeiterInnen, die wieder eingestellt werden sollten, kehrten mit einer einzigen Ausnahme nicht in die Fabrik zurück. Es gab also auch nach Abschluss des Kampfes „eine mustergültige Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Streikenden“, wie die KPÖ resümierte.³³ Wie schon der Böhler-Streik wurde auch der Hukla-Streik in einer Aussendung der Gewerkschaft als kommunistische Aktion denunziert, obwohl die vier Betriebsräte auf einer SPÖ-Liste gewählt worden waren und – mit Ausnahme einer parteilosen Betriebsrätin – der SPÖ auch als Mitglied angehörten. Der Betriebsratsobmann Ernst Stadler und seine Stellvertreterin Brigitte Pfister traten jedoch nach dem Streik aus der SPÖ aus und riefen bei den bevorstehenden AK-Wahlen zur Stimmabgabe für den GLB auf.³⁴

Sowohl der Böhler-Streik als auch der Hukla-Streik fanden gegen den Willen der ÖGB-Führung statt. Im Falle des Böhler-Streiks kritisierte die KPÖ ein Zusammenspiel zwischen der Direktion auf der einen und SPÖ-Betriebsratsmehrheit und Metallarbeitergewerkschaft auf der anderen Seite. Der Streik richtete sich nicht nur gegen die Betriebsleitung zur Durchsetzung von Lohnforderungen, sondern auch gegen die Päckerei der Betriebsräte mit der Firmenleitung, gegen die Ausschaltung der Belegschaft von jeder Mitbestimmung. Beim Hukla-Streik verhandelte die Gewerkschaftsführung auf höchster Ebene mit dem Unternehmerverband und fiel den Betriebsräten und Streikenden in den Rücken, um die Sozialpartnerschaft nicht zu gefährden.

Die Gewerkschaftsführung verweigerte dem Böhler-Streik vor allem deshalb



Streikposten vor der Firma Hukla in Wien-Favoriten, 1974.

die Anerkennung, weil sie angesichts der bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen innerbetriebliche Lohnkämpfe vermeiden wollte. Jede Vorbildwirkung für andere Betriebe sollte unterbunden werden. Während die KPÖ die Betriebe und Gewerkschaften als den geeignetsten Boden für außerparlamentarische Kämpfe ansah und sie mit GE bzw. GLB darum bemüht war, als organisierender Faktor bei innerbetrieblichen Lohnbewegungen aktiv zu werden, ging es den Gewerkschaftsfunktionären vor allem darum, bei Betriebsversammlungen Beruhigungspillen zu verabreichen und ein Übergreifen der Lohnbewegung auf andere Betriebe zu verhindern. Dies ist auch im europäischen Vergleich bemerkenswert: In den meisten westeuropäischen Ländern gab es in den frühen 1970er Jahren ausgedehnte Lohnkämpfe und Streiks, etwa in Frankreich, Italien oder auch in der Bundesrepublik Deutschland, der ÖGB hingegen konnte weiterhin stolz darauf sein, dass Österreich das Land mit den geringsten Streikstunden blieb.

Betriebsterror

Neben den innerbetrieblichen Streikbewegungen war ein zweiter Gesichtspunkt prägend für die damalige Betriebspolitik und Gewerkschaftsarbeit der KPÖ: die verstärkte Maßregelung kommunistischer und linker ArbeiterInnen und Betriebsräte durch die Direktionen, nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch bzw. vor allem in der verstaatlichten Industrie. Charakteristisch dafür ist das Beispiel von Rudolf Dörtl und Karl Daubrawa, die im Elin-Werk in Wien-Stadlau zu Betriebsräten gewählt worden

waren. Das Werk wurde jedoch zur Jahresmitte 1972, während ihrer Funktionsperiode als Betriebsrat, aufgelassen und die Werke Stadlau, Ottakring und Floridsdorf zusammengelegt. Der Schlosser Rudolf Dörtl und der Elektriker Karl Daubrawa wurden ins Elin-Werk in der Brünner Straße in Floridsdorf versetzt und gleich danach gekündigt – ohne Angabe von Gründen, also offensichtlich aus politischen Motiven. Beide waren zuvor gegen eine Fusionierung der Elin-Union mit den Wiener Starkstromwerken (früher Siemens) und gegen eine Verflechtung mit dem Siemens-Konzern in der BRD aufgetreten. Es gab zwar eine Vereinbarung zwischen Direktion und Zentralbetriebsrat, dass die Betriebsräte bis zur Neuwahl eines neuen Gesamtbetriebsrats in ihrer Funktion bleiben sollten, die Betriebsleitung stand nun aber auf dem Standpunkt, dass die Betriebsratsmandate mit der Schließung des Werks erloschen seien.³⁵ Der politische Hintergrund dieser Maßnahme wurde offenkundig, als die verstaatlichte Elin-Union AG in ihrem Schriftsatz an das Arbeitsgericht Dörtl und Daubrawa vorwarf, sie hätten wiederholt Zeitungen verteilt, deren Inhalt sich gegen die Betriebsleitung gerichtet habe. Dörtl habe „wiederholt Unruhe in den Betrieb hineingebracht“ und damit „einen normalen Arbeitsablauf gefährdet“, wie in der Berufungsmittelteilung zu lesen war. Aufgrund seiner Agitation habe es einen mehrtägigen Streik in einer Abteilung gegeben, und dies stelle eine „Untreuehandlung und beharrliche Pflichtvernachlässigung“ dar.³⁶ Dörtl arbeitete nach seiner Entlassung im Sekretariat der Wiener Stadtleitung der KPÖ, wo er

für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständig war, und wurde 1981 Sekretär des GLB in der Metallarbeitergewerkschaft.³⁷ Auch Daubrawa war danach hauptberuflich im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Wiener Stadtleitung tätig.³⁸

Ein drastisches Beispiel für solchen „Betriebsterror“ stellt die Elin-Union Weiz in der Steiermark dar, wo sich die GE 1972 von zwei auf sieben Mandate hatte steigern können. Ein Faktor für diesen Wahlsieg war die fristlose Entlassung des dissidenten SP-Betriebsrats Vinzenz Knoll im Jahr 1970, bei der die GE auf seiner Seite gestanden war. Knoll hatte zuvor 1969 auf einer eigenen Namensliste gegen die SPÖ kandidiert und sechs der 15 Mandate erhalten (sieben SPÖ, zwei GE), worauf er im September 1970 aufgrund eines konstruierten Vorwands entlassen wurde. Zum Anlass genommen wurde eine angebliche „erhebliche Ehrverletzung“ im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Werkmeister, nachdem sich Knoll dafür eingesetzt hatte, dass Arbeiter ihr Schichtende sechs Minuten vorverlegen können, um rechtzeitig einen Autobus zu erreichen. In Reaktion auf die Entlassung von Knoll kam es zu einem dreitägigen Streik, der von der Gewerkschaft nicht anerkannt wurde.³⁸ Die SPÖ wurde bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1972 für die Maßregelung dieses engagierten Betriebsrats abgestraft, und die freigewordenen Mandate der Knoll-Liste gingen nicht an die SPÖ, sondern an die GE. In Reaktion darauf erzwang die SPÖ schon ein Jahr später vorgezogene Neuwahlen des Betriebsrats. Die Mitarbeiter des Betriebs wurden derart unter Druck gesetzt und eingeschüchtert, dass die GE – die immerhin sieben der insgesamt 15 Mandate innehatte – nicht einmal mehr die 30 notwendigen Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur 1973 aufbringen konnte.³⁹

Weitere Beispiele von Maßregelungen kommunistischer Betriebsräte sind die Entlassung von Robert Eichinger aus der Druckerei Elbemühl in Wien (1972), von Anton Eichberger (Ersatzbetriebsrat) bei der Alpine Donawitz in der Steiermark (1972) oder des Betriebsrats Katzlberger im Eternitwerk Hatschek im oberösterreichischen Vöcklabruck (1975), der bei den Betriebsratswahlen die Anzahl seiner Mandate von eins auf fünf erweitert hatte und sich anschickte, die SPÖ zu überholen. Eichinger und Katzlberger wurde angelastet, dass sie während der Arbeitszeit ihre Aufgaben als Betriebs-

räte wahrgenommen hatten.⁴⁰ Bei Eichberger wurde ein Unfall, bei dem kein Fremdverschulden vorlag, zum Vorwand genommen für seine Entlassung.⁴¹

Im April 1976 wurde der Metallarbeiter Gerhard Valland, ein qualifizierter Facharbeiter bei Böhler-Kapfenberg (seit diesem Jahr zu den Vereinigten Edelmetallwerken VEW gehörig) und von 1972 bis 1975 Betriebsrat des GLB, mit Zustimmung des sozialdemokratischen Betriebsratsobmanns auf einen Hilfsarbeiterposten versetzt und in die niedrigere Hilfsarbeiterlohngruppe zurückgestuft. Auch in seinem Fall ging es um den undemokratischen Versuch der Einschüchterung und der Einschränkung der Meinungsfreiheit im Betrieb. Valland veröffentlichte ein Tagebuch seiner politisch motivierten Diskriminierung, aus dem hervorgeht, mit welchen Einschüchterungen und Drohungen er seit 1972 bis zu seiner Versetzung konfrontiert war, und wie viele Versuche es gab, den engagierten Betriebsrat mundtot zu machen.⁴² Es gab in diesen Fällen auch Interventionen beim ÖGB-Präsidenten Anton Benya, bei Bundeskanzler Bruno Kreisky als Eigentümervertreter und bei den Generaldirektoren der großen verstaatlichten Betriebe. Es konnte dadurch jedoch keine Wiedereinstellung der Gemaßregelten oder eine Rückversetzung bewirkt werden.⁴³ Valland, der von 1975 bis 1979 Arbeiterkammerrat war, schied schließlich aus dem Betrieb aus und war von 1979 bis 1990 als Landessekretär der KPÖ Steiermark tätig.

Ein bekanntes Beispiel für politische Diskriminierung und Betriebsterror aus späteren Jahren ist der Fall der beiden Angestelltenbetriebsräte bei Semperit Kurt Luttenberger und Ernst Zehetbauer, die 1979 aus politischen Gründen von Wien nach Traiskirchen versetzt wurden. Als die beiden im Herbst 1981 auch dort wieder für den Betriebsrat kandidieren wollten, wurde Zehetbauer nach Wien zurückversetzt.⁴⁴

Nun gehörten Maßregelungen von Arbeiterfunktionären immer schon zu den Methoden der Unternehmer und des Bürgertums, um die Arbeiterbewegung zu schwächen. Das Bemerkenswerte an den Beispielen Elin-Union und VEW Kapfenberg ist aber die Tatsache, dass die Maßregelungen hier in verstaatlichten Betrieben mit sozialdemokratischer Betriebsratsmehrheit zur Zeit der SPÖ-Alleinregierung erfolgten. Der SPÖ-Betriebsrat erhob gegen die Entlassungen von Dörtl und Daubrawa nicht einmal einen Einspruch. In keinem der genann-

ten Fälle wurden die Gemaßregelten vom ÖGB unterstützt, vielmehr beteiligten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte aktiv am Vorgehen gegen die kommunistischen Kollegen. Der ÖGB agierte damit mehr oder weniger als verlängerter Arm der SPÖ-Alleinregierung.⁴⁵

Unübersehbar ist der Zusammenhang zwischen den damaligen Streik- und Protestbewegungen und den Maßregelungen, also zwischen dem Versagen der Regierung auf dem Gebiet der Preispolitik, der Teuerungswelle und dem damals wachsenden Unmut in den Betrieben. Das Hauptziel der Maßregelungen bestand darin, die Kandidatur der unbequemen Betriebsräte bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen – etwa der drei zusammengelegten Elin-Betriebe – zu verhindern; nicht aus einem einfachen Konkurrenzdenken heraus, sondern aufgrund der Tatsache, dass der GLB die einzige Fraktion war, die die Sozialpartnerschaft in Frage stellte. Der Betriebsterror richtete sich vordergründig gegen linke und kommunistische Betriebsräte, insgesamt ging es aber darum, kritische ArbeiterInnen einzuschüchtern und die Kreisky-Regierung gegen die Unzufriedenheit der Belegschaften abzuschirmen. „Was heute den Betriebsräten bei der ELIN Union-Floridsdorf passierte, kann morgen allen Betriebsräten passieren [...], die sich gegen die Politik der SP wenden“, war etwa in einem Flugblatt der GE zu lesen, das am 7. Juli 1972 aus Protest von der Zuschauerbühne des Nationalrats abgeworfen wurde.⁴⁶

Wirtschaftskrise 1974/75

Während KPÖ und GE in der ersten Hälfte der 1970er Jahre an Terrain gewinnen konnten, ging die Dynamik des Aufschwungs ab 1974/75 wieder verloren. Ab dieser Zeit setzte es für die KPÖ wieder ernste Verluste, etwa bei den Nationalratswahlen des Jahres 1975 oder bei den nächsten Runden von Betriebsratswahlen. Bereits bei den AK-Wahlen des Jahres 1974 hatte sich dieser Trend abgezeichnet, als KPÖ und GLB – angesichts der Erfolge bei Betriebsratswahlen in den Vorjahren – eine Steigerung um 40 Prozent angestreut hatten, es dann aber letztlich in acht Bundesländern eine Steigerung um „nur“ 25 Prozent und in Wien sogar Verluste gab, die mit der konkurrierenden Kandidatur der *Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit* zu tun hatten.

Zentraler Erklärungsfaktor für diesen Umschwung ist der Übergang von der Hochkonjunktur zur kapitalistischen



AK-Rat Gerhard Valland am 23. Parteitag der KPÖ im Dezember 1977 in Wien.

Weltwirtschaftskrise der Jahre 1974/75. Die lange Konjunkturperiode der 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahre ging nun zu Ende. Es kam zur schwersten Rezession seit 1945. Lohnbewegungen oder Protestbewegungen gegen die Teuerung kamen ab 1975 völlig zu Erliegen. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gab es keine größeren Aktionen und Bewegungen in den Betrieben für konkrete lohnpolitische und innerbetriebliche Forderungen. Zu einer gewissen Beruhigung der Arbeiterschaft führte auch die im Juli 1974 beschlossene und 1975 in Kraft tretende Lohnsteuerreform.

An die Stelle von Lohnforderungen trat nun die Angst um die Arbeitsplätze, der gegenüber das Thema Teuerung in den Hintergrund trat. In dieser Situation der Unsicherheit stimmten potenzielle WählerInnen von KPÖ und GLB doch wieder für die SPÖ, weil es dieser gelang, sich als jene Partei darzustellen, die in Zeiten der kapitalistischen Wirtschaftskrise für die Sicherung der Arbeitsplätze eintritt. Der Rückgang des politischen Einflusses der KPÖ im Bereich der Betriebsarbeit und der Gewerkschaftspolitik spiegelte sich bei den Betriebsratswahlen, bei den Personalvertretungswahlen und auch bei den AK-Wahlen im Jahr 1979 wider, als sechs der zehn Mandate verloren gingen und die Stimmenzahl für den GLB von 29.281 auf 13.898 zurückging.

Schon 1975 waren bei den Betriebsratswahlen wichtige Betriebe wie VMW Berndorf, VEW Ternitz und VEW Mürzzuschlag verloren gegangen. Bei den Betriebsratswahlen 1976/77 wurden 439

GLB-Mandate in 205 Betrieben bilanziert,⁴⁷ was in etwa dem Stand der Jahre 1970/71 entsprach, aber empfindliche Verluste und Stimmenrückgänge gegenüber den Jahren des Aufschwungs bis 1974 bedeutete, vor allem in der verstaatlichten Stahlindustrie. 1979 wurden ca. 500 Betriebsräte und Vertrauenspersonen in 200 Betrieben ermittelt, darunter 50 Betriebsratsobmänner.⁴⁸ Es gelang der KPÖ auch in den folgenden Jahren nicht mehr, die weiterhin vorhandene Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik der SPÖ zu kanalisieren.

Anmerkungen:

1/ Bertl Maszar: Betriebsarbeit in der Praxis, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 273–274, hier S. 273.

2/ Absolute GE-Mehrheit im Glanzstoffwerk St. Pölten, in: *Volksstimme*, 14.5.1971, S. 1; ZPA der KPÖ, Betriebsratswahlen 1971.

3/ Große GE-Erfolge bei Betriebsratswahlen!, in: *Volksstimme*, 15.10.1972, S. 1–2, hier S. 1.

4/ GE-Erfolge bei Betriebsratswahlen, in: *Volksstimme*, 21.9.1972, S. 1 und 4, hier S. 1; Radenthain: GE stellt Obmann, in: *Volksstimme*, 21.10.1972, S. 1 und 4.

5/ Rudolf Streiter: Der GE-Erfolg bei Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 1, S. 4.

6/ ZPA der KPÖ, Stärke der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit in den Betrieben, Stand: Juni 1973.

7/ ZPA der KPÖ, Ergebnisse der Betriebsratswahlen Periode 1971/72, Vergleich 1968/69, abgeschlossen Mitte 1973.

8/ Franz Muhri: Rechenschaftsbericht des ZK, in: Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, 18. bis 20. Jänner 1974. Wien: Stern-Verlag o.J. [1974], S. 29–60, hier S. 50.

9/ Franz Lang: Die Eisenbahnerwahlen, in: *Weg und Ziel*, 32. Jg. (1974), Nr. 3, S. 106–107, hier S. 107.

10/ Großer Erfolg bei den Gemeindebediensteten, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 4, S. 1.

11/ Erfolg bei den Postlern, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 10, S. 1.

12/ Linksblock 2858 Stimmen mehr, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 10, S. 2.

13/ Die Weichen links stellen. Fraktion Gewerkschaftliche Einheit wählen!, hg. von Ludwig Berg. Wien 1972, S. 7; Grundsätze unserer Lohnpolitik, in: *die arbeit*, 29. Jg. (1975), Nr. 7, Beilage, S. 3.

14/ Franz Muhri: Mobilisierende Wirkung der Unterschriftensammlung für eine große Lohnsteuerreform, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 248–249, hier S. 248.

14/ Teuerung: Immer mehr Betriebsproteste, in: *Volksstimme*, 8.2.1974, S. 1 und 4.

15/ Hubert Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung – 12 Monate Lohnkampf. Kommunisten und Fraktion der GE an der Spitze im Kampf gegen ÖGB-Bremser, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 11, S. 404–405, hier S. 404.

16/ Lohnkämpfe in Metallbetrieben: Durch Kampf zum Erfolg, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 11, S. 5; Anton Hofer: Widerstand der Arbeiterschaft wächst, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 12, S. 1; Alois Brtna: Wenn Kommunisten ihre Aufgabe im Betrieb erfüllen, in: *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1970), Nr. 12, S. 11–12.

17/ Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung, S. 404. Zum Streik in Judenburg vgl. auch Ferdinand Karhofer: „Wilde“ Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren. Wien, Köln: Böhlau 1983 (Materialien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 3), S. 55–58.

18/ Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung, S. 405.

19/ Glanzstoff Sankt Pölten: Lohnerhöhung durchgesetzt, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 1, S. 1.

20/ ZPA der KPÖ, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 1.

21/ Der Böhlerstreik! Stellungnahme der G.E., in: *Der Böhlerianer. Organ der Arbeiter und Angestellten der Böhler Ybbstalwerke*, Nr. 3,



Juli 1973, S. 1–8; Der Böhler-Streik. Analyse und Dokumentation, hg. von der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB. Wien o.J. [1973]; vgl. dazu auch Karhofer: „Wilde“ Streiks, S. 59–65.

22/ Lohnkämpfe in Metallbetrieben: Durch Kampf zum Erfolg, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 11, S. 5.

23/ Böhler: Trotz „Edelstahlflaute“ beachtliche Erfolge, in: *Volksstimme*, 3.8.1973, S. 4.

24/ Rudolf Streiter: Aktivitäten der Fraktion, in: Im Interesse der Arbeitenden. Die 6. Bundeskonferenz des Gewerkschaftlichen Linksblocks, Kommunisten, Linke Sozialisten und Parteilose im ÖGB. Referat, Diskussion und Beschluß des Dokuments, hg. von Ludwig Berg. Wien 1975, S. 27–30, hier S. 30.

25/ Josef Progsch: Erfahrungen des Streiks bei Böhler. Konsequenzen für die Arbeit in den Betrieben, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 9, S. 322–324, hier S. 324.

26/ Wille: Keine Streikunterstützung, in: *Arbeiter-Zeitung*, 8.7.1973, S. 13.

27/ Nach einigen Tagen des Streiks in unseren Böhlerwerken, f. d. sozialistische Betriebsrätefraktion die Obmänner, abgedruckt in: *Der Böhler-Streik*, S. 14.

28/ Flugblatt der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit „Kolleginnen und Kollegen!“, abgedruckt in: ebd., S. 32.

29/ Ein Sozialist zieht Konsequenzen, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 11, S. 5.

30/ Die Wahrheit über den Hukla-Streik!

Erklärung der Betriebsräte, hg. von Otto Jirik. Wien o.J. [1974]; vgl. dazu auch Karhofer: „Wilde“ Streiks, S. 72–78.

31/ ZPA der KPÖ, Vereinbarung zwischen der Firma Hukla, dem Fachverband der Holzverarbeitenden Industrie und der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, 20.6.1974.

32/ Franz Muhri: Nochmals zum Hukla-Streik, in: *Volksstimme*, 14.7.1974, S. 2.

33/ Die Wahrheit über den Hukla-Streik!, S. 5.

34/ ZPA der KPÖ, Brigitte Pfister an die Bezirksorganisation der SPÖ Favoriten, 16.9.1974; Wählt Gewerkschaftlichen Linksblock. Kommunisten, Linke Sozialisten, Parteilose. AK Wahl '74, hg. von Ludwig Berg. Wien 1974, S. 15.

35/ Gesinnungsterror bei Elin, in: *die arbeit*, 26. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 1; ZPA der KPÖ, Der Fall Elin-Floridsdorf, o.D. [1972].

36/ ZPA der KPÖ, Elin-Union AG an das Arbeitsgericht Wien, 15.12.1972.

37/ Rudolf Dörtl gestorben, in: *Volksstimme*, 12.1.1982, S. 2; Karl Daubrawa 70 Jahre, in: *Volksstimme*, 2.4.1983, S. 5.

38/ ZPA der KPÖ, Der Fall Elin-Union, Weiz, o.D. [1972]; Karhofer: „Wilde“ Streiks, S. 84–87.

39/ Willi Gaisch: Die Lehren von Elin-Weiz, in: *Weg und Ziel*, 32. Jg. (1974), Nr. 1, S. 7–8.

40/ ZPA der KPÖ, Der Fall Elbemühl G.m.b.H. Wien, o.D. [1972]; H.R.: Mit Terror ‚sozialen Frieden‘ erhalten..., in: *die arbeit*, 29. Jg. (1975), Nr. 6, S. 6.

41/ Wie zu Zeiten der Heimwehr. Bewährter Donawitzer Facharbeiter aus politischen Gründen entlassen, in: *Volksstimme*, 12.8.1972, S. 3.

42/ Betriebsterror konkret. „Tator“ VEW-Betrieb Kapfenberg. Eine Dokumentation, hg. vom Gewerkschaftlichen Linksblock. Wien o.J. [1976].

43/ Diskriminierung in Österreich. Kurzdokumentation von etwa 30 Diskriminierungsfällen der letzten 10 Jahre, hg. vom Komitee zum Schutz vor politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wien 1978 (3. Auflage), S. 14.

44/ Diskriminierung bei Semperit. Eine Dokumentation, hg. vom Komitee zum Schutz vor politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wien o.J. [1987].

45/ Leopold Hornik: Gesinnungsterror statt Demokratisierung. Zu den Maßregelungen von Betriebsräten der Elin-Union, Alpine-Donawitz und Elbemühl, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 9, S. 333–335, hier S. 335.

46/ ZPA der KPÖ, Flugblatt der Zentralen Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB „Gegen den Gesinnungsterror“, 7.7.1972.

47/ ZPA der KPÖ, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 5.

48/ Rudolf Streiter: Die Arbeit der Fraktion, in: Mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock in die 80er Jahre. Grundsatzprogramm und Schwerpunktprogramm (Resolution) der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock, Kommunisten, Linke Sozialisten und Parteilose im ÖGB, hg. von Ludwig Berg. Wien 1979, S. 109–115, hier S. 110.